

Entwurf

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Ralph Saxe

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 105 - 136:

Der Unterrichtsausfall wurde viel zu lange ~~von der Bildungsbehörde~~ nicht erkannt und bekämpft. Wir Grünen wollen mit zusätzlichem Personal und flexibleren Möglichkeiten für die Schulen diesem Missstand begegnen. Eine Zuweisungsrichtlinie soll die Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Schulen beenden und für Transparenz sorgen. Die Zuweisungsrichtlinie soll möglichst bis zum Schuljahr 2016/17 in Kraft treten.

Begründung

Es ist nicht hilfreich in einem Schwerpunktpapier für Koalitionsverhandlungen in der nächsten Legislaturperiode Schuldzuweisungen auszusprechen, weil es den Senat als Kollegialorgan betreffen würde.

Ä1 zu A1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Frank M. Rauch

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 29 - 50:

Wir setzen einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft. Denn in einem sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie liegen erhebliche Chancen für die Unternehmen und für den Klimaschutz. Durch effiziente Produktionsverfahren können Industrieunternehmen ihre Kosten reduzieren und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern. Wir sind überzeugt: Klimaschutz und Energiewende sind ~~kein Hindernis für Wirtschaftswachstum sondern~~ eine große Chance für Unternehmen.

Begründung

34Wir sind überzeugt: Klimaschutz und Energiewende sind eine große Chance für Unternehmen. - das ist positiv formuliert - wir sollten dem Wachstumsglauben endlich eine Absage erteilen !

Ä2 zu A1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 29 - 50:

Die Offshore-Windenergie ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Windkraft-technologien sind für Bremerhaven ein wichtiges Standbein seiner Wirtschaftskraft. Dieser Bereich soll durch weitere Umwelttechnologien erweitert werden. Die Planungen für das Offshore-Terminal werden wir überprüfen und den veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Für den Bau werden keine Finanzmittel des Landes Bremen oder von ihr kontrollierter Gesellschaften eingesetzt.

Begründung

Wir haben uns gegen weitere Finanzabenteuer der öffentlichen Hand ausgesprochen, von denen Private mangels Wirtschaftlichkeit die Finger lassen. Wir haben den Rennbahn-Skandal beendet und Grenzen beim Musical eingezogen.

Die Meinung zu haben, daß der Großteil der in Nordsee auch in anderen Ländern noch zu installierenden Windparks über Bremerhaven verschifft werden, ist neben der Lebensrealität. Andere Länder werden von den Investoren ebenfalls möglichst hohe Arbeitsplatzeffekte fordern. Mit dem veränderten Ausbaupfad in Deutschland hat sich die Wirtschaftlichkeit nochmals verschlechtert. Entwicklerfirmen wie aerodyne haben heute schon Anlagenkonzepte ohne den Einsatz von Tripoden und Spezialschiffen entwickelt.

Ich denke, daß Umweltverbände nachwievor eine wichtige potentielle Wählergruppe für uns sind. Es grenzt schon an Untergangslust, deren Meinung so komplett zu ignorieren wie wir es bislang getan haben.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 52 - 103:

Neu hinzufügen:

Trotz großem Wohnungsbedarfs stehen potentielle Wohnräume auch in gewachsenen Stadtbezirken leer. Diese Potentiale wollen wir mit verstärkter Ansprache der Eigentümer für die Stadtgesellschaft verfügbar machen. Um die Sanierung von Bestandsimmobilien zu erleichtern, wollen wir einen revolvierenden Hausinstandsetzungsfonds auflegen.

Begründung

Die Begründung ergibt sich eigentlich aus dem Geschriebenen.

Wir sehen Wohnungsleerstände in unserem Stadtteil, die wir uns eigentlich nicht erklären können. Bzw. wir vermuten eine Reihe von Hindernissen, an denen besser als bisher gearbeitet werden kann. Wir hatten mit der AWO Wohnungsvermittlung für Flüchtlinge Kontakt, die uns stadtweite Leerstände bestätigte. Wenn ein revolvierender Hausinstandsetzungsfonds gut umgesetzt wird, hat das das Potential zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt.

Ä4 zu A1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 52 - 103:

Wir wollen, dass mehr Menschen in Bremen zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad fahren, den ÖPNV - auch auf dem Wasserweg - nutzen und sich barrierefrei fortbewegen können. Projekte des Verkehrsentwicklungsplans 2025, die diesem Ziel dienen, wollen wir zuerst in Angriff nehmen. Wir halten unser Versprechen ein, neue Straßenbahnen anzuschaffen. Für die Straßenbahnneubeschaffung soll die wirtschaftlichste Lösung gewählt werden.

Begründung

Um die trennende Wirkung der Weser mehr als bisher aufzuheben, sollte der Schiffsverkehr in den ÖPNV einbezogen werden.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 52 - 103:

~~Damit in Bremen ein einheitlicher und verbesserter Standard bei~~Um der
~~Straßenreinigung gewährleistet ist, Vermüllung der Stadt entgegenzuwirken,~~
wollen wir einerseits die Informationsvermittlung intensivieren sowie die
Reinigungsleistung vor Ort verbessern. Andererseits wollen wir, daß die
vorhandenen Regelungen stärker eingehalten werden. Zur Finanzierung wollen
wir wie in anderen Städten eine Straßenreinigungsgebühr einführen.

Begründung

Wir haben in Gröpelingen das Problem, das der Umweltbetrieb Mülleimer an Parkbänken etc. in nicht unerheblicher Anzahl abgebaut hat, weil dort immer wieder Hausmüll in Plastiktüten hingestellt wurde. Jetzt liegen die Plastiktüten im Gebüsch, aber für den Umweltbetrieb ist es ein Erfolg, weil an der Stelle kein Hausmüll mehr abgestellt wird. Für alteingesessene Bürger ist es ein Verlust an Lebensqualität. Man mag das alles als Randthema belächeln, aber das Ergebnis ist, das diese Bürger nicht mehr zur Wahl gehen.

Die jüngste Diskussion im Viertel überraschte lt. Weser-Kurier damit, das es weniger um Lärm, als um Müll ging.

Wir als Umweltpartei wären gut beraten, wenn wir das zugegebenermaßen sehr schwierig zu lösende Thema besser als bisher angehen. Hundertausende Aludosen in der Landschaft, Massen nicht verrottenden Plastikmülls, grundwassergefährdende Abfälle in Kleingärten, unfallträchtige Glasscherben, Essensabfälle mit Rattenbefall. Da kann als Antwort doch nicht der Rückzug des Staates sein, indem er seine Müllbehälter wegschliesst!

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 105 - 136:

~~Der Unterrichtsausfall wurde viel zu lange~~ Um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, muss von der Bildungsbehörde in allen Bereichen wesentlich offener als in der Vergangenheit nach außen kommuniziert werden. ~~Es kann~~ nicht ~~erkannt und bekämpft.~~ Wir Grünen wollen mit zusätzlichem Personal und flexibleren Möglichkeiten für die Schulen diesem Missstand begegnen. ~~sein, das wahlweise 34, 100, 200, 450 ... neue Lehrerstellen errechnet werden.~~ Eine überfällige Zuweisungsrichtlinie für Schulpersonal soll ~~die Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Schulen beendenschnellstmöglichst für Transparenz sorgen~~ und deren Ergebnisse für ~~Transparenz sorgen. Die Zuweisungsrichtlinie soll möglichst bis zum Schuljahr 2016/17 in Kraft treten.~~ Der jede Schule nachvollziehbar im Internet veröffentlicht werden. Der anerkannte Bedarf ist bereitzustellen. ~~Der~~ Grüne Wunsch nach mehr Autonomie für die Schulen wurde bisher immer blockiert. Wir wollen eigenständige Schulen mit einem eigenen Budget und mehr Personalverantwortung. Wir wollen den viel beachteten Bremer Bildungskonsens nach einer Evaluation neu verabreden.

Begründung

Nach dem Rücktritt von Frau Jürgens-Pieper hiess es: Wir brauchen im Bildungsbereich Transparenz, Transparenz, Transparenz. Warum eine Schule wieviele Lehrer bekommt wurde aber immer noch nicht transparent dargestellt. In der Folge geistern wilde Zahlen über den Lehrerbedarf nach dem Motto "Wünsch Dir was" herum. Beschlusslagen für eine Zuweisungsrichtlinie gab es schon mindestens im Jahr 2013.

Ein Satz wie "Die Zuweisungsrichtlinie soll möglichst bis zum Schuljahr 2016/17 in Kraft treten" erscheint da viel zu weich formuliert. Und eine behördeninterne Zuweisungsrichtlinie die niemand versteht, hilft auch nicht weiter, weil das der Legendenbildung nicht Abhilfe leistet. Es gilt nachwievor:

Wir brauchen im Bildungsbereich Transparenz, Transparenz, Transparenz!

Ä7 zu A1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 105 - 136:

Neu hinzufügen:

Noch immer verlassen viel zu viele Schüler die Schule ohne Schulabschluss. Wir müssen auch über die inhaltliche Arbeit in den Schulen sprechen und Korrekturen vornehmen. Wir müssen die Wirksamkeit von Bildungsinvestitionen monitoren, um sicherzustellen, dass sich die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft auch tatsächlich verringert und wir die richtigen Maßnahmen ergriffen haben.

Begründung

Im Jahr 2013 haben 10 % der Gröpelinger Schuler (37 von 381) die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Das ist nicht akzeptabel, auch wenn es zum Teil nachvollziehbare Dinge wie z. B. Schulverweigerung oder sehr später Schulzugang bei Zuwanderung geben mag.

In den letzten Jahren wurden hohe Investitionen in Schulbaumaßnahmen durchgeführt. Das wird auch in den kommenden Jahren so sein. Aber wie sieht es innen in den Schulen aus? - Helfen diese Investitionen wirklich, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln? Das überprüft offenbar derzeit keiner und erscheint uns daher dringend notwendig, um die Effizienz der hohen Bildungsausgaben festzustellen bzw. ggf. zeitnah nachsteuern zu können.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 138 - 149:

Neu hinzufügen:

Die Arbeitsmarktpolitik unter der schwarz-gelben Bundesregierung kam einem Kahlschlag gleich, den Bremen mit eigenen Modellen wie dem Ehrenamtsmodell in Nachfolge der Injobs nur notdürftig flankieren konnte. Bei Einführung des SGB-II sollte jeder Arbeitsvermittler maximal 150 über 25jährige betreuen - tatsächlich hat ein Vermittler im Bremer Jobcenter bis zu 350 Menschen zu betreuen. Sehr viele Arbeitslose sind seit Jahren im Langzeitbezug und werden ohne gravierende Änderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt dort nicht mehr tätig werden können. Wir brauchen einen sozialversicherungspflichtigen sozialen Arbeitsmarkt für eine erfüllende Tagesstruktur! Wir brauchen mehr Arbeitsvermittler und ein signifikant höheres Budget für Aus-, Um- und Fortbildungen! Bremen ist nicht Ingolstadt! - Der Bund muss seiner ausgleichenden Verpflichtung nachkommen und Regionen wie Bremen viel stärker unterstützen! Dafür wollen wir uns mit aller Vehemenz einsetzen.

Begründung

Wir - die Grüne Fraktion! - haben in unserem Stadtteilbeirat jährliche Gespräche mit dem örtlichen Jobcenterleiter eingeführt. Letzte Zahlen von diesem Frühjahr: Von den 8.400 gemeldeten arbeitsfähigen SGB-II-Empfängern sind 6.400 Menschen länger als 2 Jahre im Bezug. Wen wundert da noch eine geringe Wahlbeteiligung?

Wir im Beirat sehen uns nicht in der Lage, auf unserer Ebene etwas zu ändern. Bremen selbst müsste sich finanziell ganz erheblich engagieren, was unrealistisch erscheint. Die Arbeitswelt kann auch das Land Bremen nicht ändern. D.h. dann aber, daß das Land Bremen geradezu mit einer Art Aufschrei gen Berlin und Nürnberg aktiv werden muss, um mehr Finanzmittel nach Bremen zu lotsen.

Ä9 zu A1

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 138 - 149:

Neu hinzufügen:

Der stadtweite Haushaltsansatz für die Jugendarbeit ist mit 6,7 Mio. Euro bemessen und entspricht nicht einmal dem, was eine 2014er Untersuchung des Sozialressorts als Bedarf ergeben hat. Der stadtweit um 0,4 Mio. Euro höhere Ansatz soll in einem Stufenplan bis zum Jahr 2018 erfolgen. Hier haben wir uns vergaloppiert und wollen dies zeitnah korrigieren.

Begründung

Auch hier ist die Änderung bereits deutlich in ihren Worten.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Dieter Steinfeld

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 138 - 149:

Neu hinzufügen:

Auf vielen Sportstätten - insbesondere in Turnhallen - treffen Schul- und Vereinssport zusammen. Wir haben es in den letzten Jahrzehnten und Jahren nicht ausreichend geschafft, diese zentralen Treffpunkte so instandzuhalten, wie es der Bedeutung für das Gemeinwesen angemessen ist. Wir wollen uns dieser Aufgabe mit neuen Ansätzen verstärkt zuwenden.

Begründung

Die Ergänzung sagt eigentlich schon alles.

Wenn man die Schüler, die in Turnhallen aktiv sind, addiert mit deren Eltern denen die Schüler berichten und die Vereinssportler hinzuaddiert, dann erscheint uns eine Turnhalle ein Ort zu sein, an dem sehr viele Menschen zwar nicht zusammenkommen, mit dem sehr viele Menschen aber eine Verbindung haben. Und wenn man sich dann z. B. die Sanitäreinheiten an ganz vielen Orten ansieht, dann muss man einfach in's Grübeln kommen

Eine systematische Sanierung kann man vllt. auch in einer "Alle-Mann-Frau-Kind-Firma-Verein-Berufsschule-Jobcenter-Kammer-Großhandel-Spenden"-Verabredung kreativ angehen. Auf jeden Fall erscheint es uns ein Feld zu sein, auf dem man mit vllt. doch geringerem Mitteleinsatz eine Wirkung in den Köpfen mancher Menschen erzielen kann.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Christoffer Mendik

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 52 - 103:

Bremen verzeichnet einen gestiegenen Zuzug von NeubremerInnen. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, schlagen wir ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm vor, das flexible Nutzungen, z.B. als Wohnraum Flüchtlinge, für Studierende und Auszubildende ermöglicht. Wir wollen mindestens 1600 Wohnungen pro Jahr neu bauen. Gut 40 ausreichende Flächen zur Innenverdichtung der Stadt sind bereits identifiziert. Die Osterholzer Feldmark und das Überschwemmungsgebiet Brokhuchting werden hierfür nicht benötigt. Die Gewoba soll bei dem Wohnungsbauprogramm mit ihrer Wohnungsbaukompetenz eine noch wichtigere Rolle als bisher spielen. ~~Als weitere Flächen für Wohnungsbau wollen wir zum Beispiel~~ Potenziale gibt es genügend, unter anderem das ~~Gebiet Hohentorshafen, den Neustädter Hafen~~ Brinkmann- und ~~das Brinkmanngelände entwickeln.~~ SWB-Gelände in Woltmershausen.

Begründung

wir haben im gerade beschlossenen FNP dafür gestimmt, dass der Hohentors- und der Neustädter Hafen (beide liegen in Woltmershausen) weiterhin reines Gewerbegebiet sein soll. So sehr mich dies vor allem im Hohentorshafen auch schmerzt, weil ich es gerne sehen würde, dass hier auch Wohnbau entstehen könnte, desto naiver fände ich jetzt die Forderung so kurz nach einem anderen Beschluss. Dazu kommt, dass im Neustädter Hafen keine echten Flächen für Wohnbau vorhanden sind, sofort auch die Frage nach Lärmschutz und Wirtschaftskraft gestellt werden müsste und zumal wenn Flächen frei würden, sie nicht Hochwassergeschützt wären. Gleiches gilt für Flächen im Hohentorshafen.

Außerdem ist die Brinkmann- und SWB-Fläche groß genug, um genügend stadtnahen Wohnraum zu erhalten.

Ich plädiere daher, nicht aus Übermotivation alle eventuell möglichen Flächen von Woltmershausen auf einmal in den Antrag zu schreiben, sondern hier ein Projekt nach dem anderen anzugehen.

Änderungsantrag

AntragsstellerIn: Robert Bücking

Gegenstand: Ganz klar grün – Motor für Erneuerbares

Im Absatz von Zeile 105 - 136:

Neu hinzufügen:

Die Universität und Hochschulen wollen wir weiter stärken. Ausbildung und Forschung sind grundlegend damit Bremen und die Region Anschluss an die dynamische Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft halten. Bremen wird daher große Anstrengungen machen, damit Hochschulen und Universität sich dieser Aufgabe stellen können. Eine Wirtschaft, die auf Wachstum setzt muss auf den effizienten Umgang mit Rohstoffen und Energie setzen und Wachstum und Naturverbrauch entkoppeln. Dafür sind Innovationen und qualifizierte Mitarbeiter der Schlüssel. Eine Stadtgesellschaft, die sich erneuern will, braucht die Jungen Leute um diese Veränderungen voranzutreiben.

Begründung

Wir sollten kein Schwerpunktpapier für die nächste Legislatur schreiben, ohne einen ausdrücklichen Absatz darüber, dass wir Hochschulen und Universität stärken wollen. Vielleicht lässt sich die Sache noch präzisieren. Etwa in dem Sinn dass wir eine bestimmte Entwicklung dieser Einrichtungen besonders unterstützen.

Und erst dann wird der folgende Absatz plausibel